FDP
Die Liberalen

St.Gallen, 17.09.2025
Forderungspapier & Medienmappe

Arbeit schützen. Staat sanieren. Fortschritt sichern.

Beherzte Taten für St.Galler Unternehmen und Arbeitsplätze gegen den US-Zollhammer

Die USA sind nach Deutschland der zweitwichtigste Handelspartner des Kantons St.Gallen. Unsere Betriebe exportierten im vergangenen Jahr Waren im Wert von über 2 Milliarden Franken in die USA – das sind rund 18% aller St.Galler Exporte. Der US-Zollhammer trifft damit gerade unsere St.Galler Unternehmen und Arbeitsplätze mit voller Wucht. Besonders betroffen sind hochspezialisierte KMU mit hohem direktem oder indirektem Exportanteil in die Vereinigten Staaten.

Doch Panik ist nicht angebracht. Die Schweiz zählt zu den erfolgreichsten Ländern der Welt – dank Freiheit, Eigenverantwortung und dem Einsatz unzähliger Menschen, die Tag für Tag den Wecker stellen und anpacken. Die Unternehmen und ihre Angestellten tun bereits heute ihr Möglichstes, um mit den neuen Bedingungen zurechtzukommen.

Jetzt ist die Politik gefordert, besonnen zu handeln und gemeinsam Lösungen zu finden: statt mit immer mehr Regulierungen und Abgaben Arbeit zu bestrafen, muss der Kanton Bürokratie abbauen, effizienter werden und für bessere Rahmenbedingungen sorgen.

Gefragt sind klare Prioritäten – zum Schutz von Arbeitsplätzen, Löhnen und unseren Unternehmen.

FDP
Die Liberalen

Arbeit schützen.

1 Steuern und Gebühren senken

Tiefe Steuern und Gebühren entlasten sofort und geben Haushalten wie KMU mehr Spielraum. Das stärkt den Werkplatz Schweiz, sichert Arbeitsplätze und sorgt langfristig für stabile Steuereinnahmen.

- Spielraum bei Gebühren voll nutzen – und wo möglich auf deren Erhebung verzichten, um Unternehmen und Haushalte zu entlasten
- Gezielte und international konkurrenzfähige Steuererleichterungen schaffen
- OECD-Mindeststeuer bis auf Weiteres aussetzen
- Juso-Enteignungsinitiative und Mitte-AHV-Milliardenausbau zulasten von KMU und Mittelstand ablehnen

2 Bürokratie stoppen

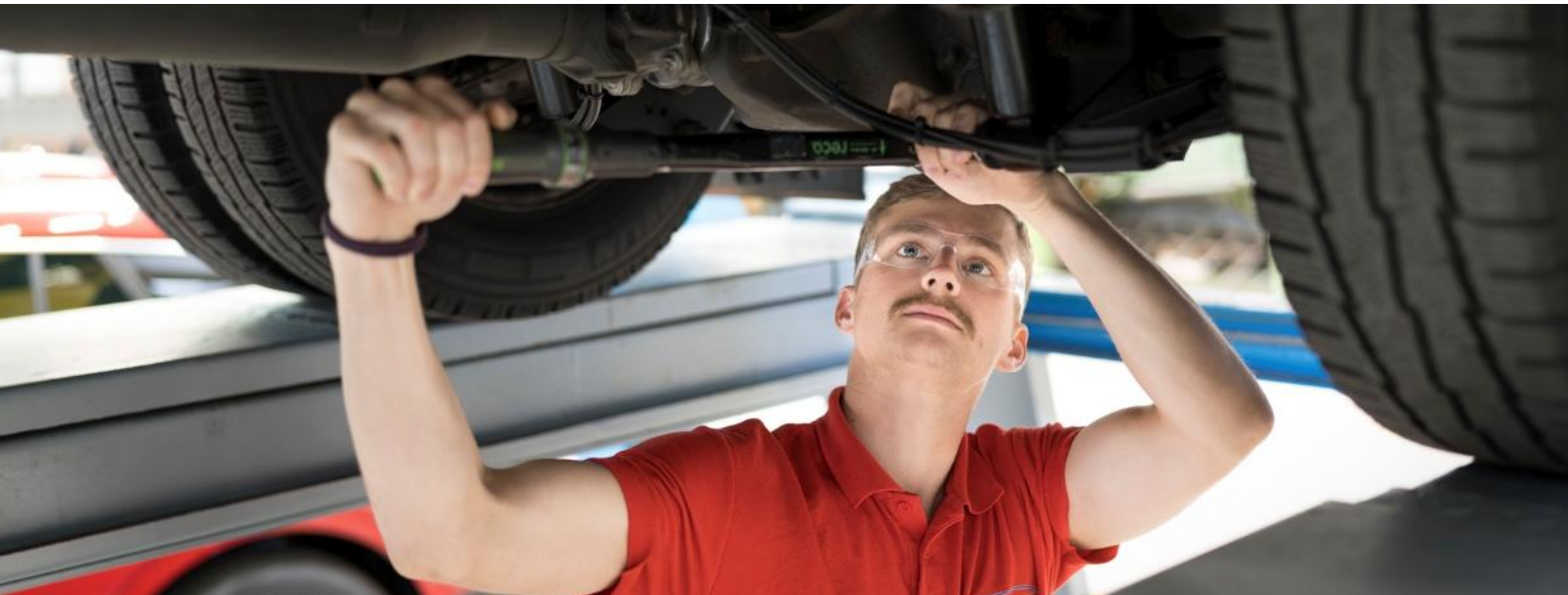
Unternehmen leiden unter einer überbordenden Bürokratie. Sie wächst oft schleichend und erschwert es Firmen, wettbewerbsfähig zu bleiben und Arbeitsplätze zu erhalten. Weniger unnötige Vorschriften entlasten die Wirtschaft und sichern so auch den Wohlstand der Bevölkerung.

- Regulierungscontrolling mit Fokus auf messbare Entlastung für Unternehmen
- Bürokratie-Bremse nach dem Prinzip «One-in-One-out» (o. ä.) einführen
- Kurze Wege und agiles Handeln durch eine direkte Ansprechstelle sowie eine kantonale Taskforce mit betroffenen Branchen, Unternehmen und Wirtschaftsverbänden sicherstellen
- Gefährdung von KMU-Investitionen und Jobs durch das Investitionsprüfgesetz kantonal bekämpfen
- Nachhaltigkeitsberichterstattung entbürokratisieren

3 Absatzmärkte sichern

Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken im Aussenhandel. Geht es der Exportindustrie schlecht, leidet unser Wohlstand mit Folgen auch für Binnenbranchen wie Gastgewerbe und Bauwirtschaft. Deshalb braucht es vielfältige und zuverlässige Handelsbeziehungen – allen voran mit unserem wichtigsten Handelspartner, der EU, aber auch mit weiteren Märkten weltweit. Das reduziert Risiken und macht uns weniger erpressbar. Für St.Gallen als exportorientierter Grenzkanton ist das entscheidend, um Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zu sichern.

- Einsatz der Regierung für die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge mit der EU
- Rückhalt für den raschen Abschluss der Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten und Indien sowie Weiterentwicklung bestehender Abkommen
- Rückendeckung für den Bund für weitere Zoll-Verhandlungen mit den USA im Interesse der Schweiz



FDP
Die Liberalen

Staat sanieren.

4 Ausgabenwachstum bremsen

Die kantonale Finanzlage ist angespannt. Trotz steigender Steuereinnahmen führt das hohe Ausgabenwachstum jedes Jahr zu Defiziten, die die Finanzreserven belasten. Dagegen braucht es wirksame Massnahmen, denn Staatsschulden untergraben unseren Wohlstand und sind Diebstahl an der nächsten Generation.

- Entlastungspaket konsequent umsetzen
- Einführung einer Staatsquoten-Bremse

5 Stark für die Schwachen

Wie viel Geld der Kanton St.Gallen jährlich für Bildung, Sicherheit, Gesundheit und Soziales ausgeben kann, hängt massgeblich von seiner Ressourcenkraft ab. Diese ist im schweizweiten Vergleich extrem tief. Um dies zu ändern, muss sich Arbeit wieder mehr lohnen. Denn es gilt: Erwirtschaften kommt vor Verteilen.

- Steuerstrategie zur Entlastung der arbeitenden Bevölkerung und Sicherung der Steuereinnahmen
- Beseitigung von arbeitsfeindlichen Fehlanreizen im Tarif-, Transfer- und Steuersystem

6 Digitalisierungsoffensive

Der Kanton St.Gallen nimmt bereits heute eine Pionierrolle bei Digitalisierungsprojekten ein. Dies gilt es weiter zu stärken, denn digitale Prozesse sparen Zeit, Geld und Nerven.

- Massnahmenpaket zur Digitalisierung sämtlicher Verwaltungsprozesse für schnellere und effizientere Verfahren

Fortschritt sichern.

7 Arbeits- und Fachkräfte im Fokus

Die FDP ist die Partei für alle, die Tag für Tag den Wecker stellen. Anpackerinnen und Anpacker – mit Fleiss, Erfindergeist, Sorgfalt, Zuverlässigkeit, Besonnenheit und Wissen – machen unser Land stark, sichern Arbeitsplätze und machen unsere Unternehmen erfolgreich. Damit das so bleibt, setzen wir auf starke Bildung, gezielte Weiterbildung und verlässliche Rahmenbedingungen, damit Fachkräfte hier arbeiten und unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt.

- Deckelung der Steuerabzüge für lebenslanges Lernen (Aus- und Weiterbildungskosten) aufheben
- Personenfreizügigkeit und Grenzbeziehungen sichern
- Volksschule reformieren: Grundkompetenzen stärken, «Inklusion um jeden Preis» überdenken, Leistung anerkennen
- Flexibler und liberaler Arbeitsmarkt verteidigen – keine neuen Regulierungshürden
- Ja zum Neubau des Berufs- und Weiterbildungszentrums Rapperswil-Jona

8 Innovation schafft Fortschritt

Unsere innovativen Schweizer Produkte und Dienstleistungen sichern Wohlstand und ermöglichen die weltweit besten Löhne über alle Berufsgruppen. «Innovationsweltmeister» ist nicht nur ein Titel, sondern das Erfolgsrezept der Schweiz, das es zu verteidigen gilt.

- Reinraum in Buchs erneuern, ausbauen und vernetzen
- Kantonale Fördermittel strategisch bündeln und wirkungsorientiert einsetzen
- Start-up-Förderung weiterentwickeln und Vernetzung stärken

9 Stillstand stoppen

Stillstand bedeutet Rückschritt. Darum muss sich der Kanton St.Gallen stetig weiterentwickeln. Im Zentrum stehen Schlüsselprojekte in allen Regionen. Der Erfolg bestehender Unternehmen muss mit zeitgemässer Infrastruktur und die Weiterentwicklung sowie Neuansiedelung mit Arealentwicklungsprojekten und schnelleren Bewilligungsprozessen gestärkt werden.

- Ja zu WILWEST
- Ja zur Kantonsstrasse zum See und Anschluss Witen
- Ja zur 3. Röhre Rosenberg inkl. Anschluss Güterbahnhof
- Ja zum Interventionszentrum für Zoll und Polizei in St. Margrethen
- Aktive Bodenpolitik stärken – Arealentwicklungen wie ASGO, Buchs, Sargans und STAK Steinach vorantreiben
- Bewilligungsverfahren für Sondernutzungspläne und weiteres beschleunigen

Redetexte

Es gilt das gesprochene Wort.

Kantonsrat Raphael Frei, Parteipräsident, des. Fraktionspräsident

Sehr geehrte Medienschaffende

Ich begrüsse Sie herzlich zu unserer Medienorientierung. Gleich zu Beginn möchten wir uns ausdrücklich für Ihr Interesse bedanken – besonders an diesem frühen Morgen des Sessionsmittwochs in der Herbstsession. Während solche Formate in Bern üblich sind, ist dies für St.Gallen neu. Umso mehr schätzen wir, dass Sie heute hier sind, um sich aus erster Hand über das Forderungspapier und Vorstosspaket der FDP-Fraktion zu den US-Zöllen zu informieren.

Die USA sind nach Deutschland der zweitwichtigste Handelspartner des Kantons St.Gallen. Im Jahr 2024 exportierten unsere Unternehmen Waren im Wert von über 2,3 Milliarden Franken in die USA, was rund 18 Prozent aller St.Galler Warenexporte ausmacht.

Der US-Zoll von 39 Prozent trifft unsere Unternehmen und Arbeitsplätze erheblich. Für betroffene Betriebe bedeutet dieser neue Zollsatz eine deutliche Verteuerung ihrer Produkte auf dem US-Markt. Sie geraten in einen klaren Wettbewerbsnachteil gegenüber Konkurrenten aus Ländern mit niedrigeren Zollsätzen, wie der EU oder dem Fürstentum Liechtenstein, sowie gegenüber Unternehmen mit Produktionsstandorten in den USA.

Besonders betroffen sind unsere hochspezialisierten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Diese bilden das Rückgrat der regionalen Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze – Tag für Tag, mit Engagement, Innovationsgeist und unternehmerischem Mut.

Für die FDP ist klar: Panik ist nicht angebracht. Die Schweiz gehört zu den erfolgreichsten Ländern der Welt – dank Freiheit, Eigenverantwortung und dem Engagement der Menschen. Unsere Unternehmen und ihre Mitarbeitenden tun bereits heute ihr Möglichstes, um mit den neuen Bedingungen zurechtzukommen.

Doch jetzt ist auch die Politik gefordert. Es gilt, besonnen zu handeln und gemeinsam Lösungen zu finden: Statt mit immer mehr Regulierungen und Abgaben Arbeit zu bestrafen, muss der Kanton Bürokratie abbauen, effizienter werden und langfristig bessere Rahmenbedingungen schaffen.

Die FDP-Kantonsratsfraktion hat im Rahmen ihrer Klausurtagung in Wildhaus ein Forderungspapier sowie in Vorbereitung auf die Herbstsession ein Vorstosspaket erarbeitet. Unser Ziel ist klar: Mit beherzten Taten für St.Galler Unternehmen und Arbeitsplätze stellen wir uns den Auswirkungen der US-Zölle entgegen. Hierzu werden Ihnen im Anschluss Vizefraktionspräsident Ruben Schuler, Kantonsrätin Isabel Schorer und Julian Stöckli, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Kanton St.Gallen, Auskunft geben. Danach besteht selbstverständlich auch die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Am Ende der Medienorientierung stehen Ihnen alle Beteiligten für Einzelinterviews zur Verfügung.

Ich übergebe das Wort an Vizefraktionspräsident Ruben Schuler.

Kantonsrat Ruben Schuler, Vizefraktionspräsident

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Ausgangslage ist klar: Der US-Zollhammer trifft unsere Unternehmen und Arbeitsplätze spürbar. Nun stellt sich die Frage: Was trägt die Politik dazu bei, um unsere Arbeitsplätze, unsere Unternehmen und damit unseren Wohlstand zu schützen? Die FDP setzt dabei auf drei zentrale Handlungsfelder: tiefe Steuern und Gebühren, Abbau von Bürokratie sowie verbesserter Zugang zu Absatzmärkten. Diese Massnahmen greifen die Herausforderungen auf, die unsere Unternehmen heute direkt spüren, und bilden den Kern unseres Forderungspapiers.

Lassen Sie mich dabei besonders auf zwei Punkte eingehen:

Erstens: Bürokratie abbauen.

Bürokratiekosten gehören in allen Studien zu den grössten Belastungen für Unternehmen. Um diese spürbar zu reduzieren, gibt es zwei Hebel: Einerseits müssen bestehende unnötige Vorschriften konsequent beseitigt werden, andererseits muss die Schaffung neuer Bürokratie verhindert werden. Bei der Beseitigung bestehender Vorschriften setzt unser

Antrag zum Regulierungscontrolling an, den wir erfolgreich Anfang dieser Woche gemeinsam mit der SVP- und Mitte-EVP-Fraktion eingereicht haben. Mit der Annahme dieses Auftrags wird das Regulierungscontrolling noch wirksamer und trägt messbar zur Entlastung der Unternehmen bei. Gleichzeitig besteht weiterer Handlungsbedarf.

Zweitens: Absatzmärkte sichern.

Unsere Unternehmen müssen die Möglichkeit haben, neue Märkte zu erschliessen und bestehende Märkte für St.Galler Produkte zu sichern. St.Gallen ist ein Grenzkanton – und davon profitieren wir jeden Tag. Der US-Zollhammer trifft unsere Exporte direkt und belastet besonders die exportorientierten Betriebe. Umso wichtiger ist es, dass wir auf stabile und breit gefächerte Handelsbeziehungen zählen können.

Die FDP fordert deshalb mit einer Interpellation, dass sich die Regierung auf Bundesebene aktiv dafür einsetzt, bestehende Märkte zu sichern und neue Märkte zu erschliessen. Dazu gehören insbesondere stabile bilaterale Abkommen, die Weiterentwicklung der Beziehungen mit der EU und gezielte Freihandelsabkommen mit Drittstaaten. Die Schweiz erzielt jeden zweiten Franken im Export – nur so können unsere Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern, Chancen nutzen und Arbeitsplätze sowie Wohlstand in unserem Kanton erhalten.

Die bevorstehende Abstimmung zu den Bilateralen III ist keine Schicksalsfrage, zeigt aber, in welche Richtung sich die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft und Arbeitsplätze entwickeln. Gute Rahmenbedingungen schaffen Sicherheit, fördern Beschäftigung und eröffnen Chancen für alle. Werden sie erschwert, spüren das die Menschen unmittelbar – weniger Jobs, höhere Unsicherheit und eingeschränkte Perspektiven. Politik kann hier aktiv gestalten, und wir setzen uns dafür ein, dass sie diese Richtung klar vorgibt.

Gleiches gilt für weitere national diskutierte Vorhaben, die die Wirtschaft belasten könnten, wie die Juso-Enteignungsinitiative, der Mitte-AHV-Milliardenausbau oder das Investitionsprüfgesetz. Um die potenziellen negativen Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitsplätze aufzuzeigen, hat die FDP bereits entsprechende Interpellationen eingereicht bzw. wird dies heute tun.

Für die FDP ist klar: Wir schützen die Arbeit. Wir schützen unsere Unternehmen. Für alle, die Tag für Tag den Wecker stellen!

Hiermit übergebe ich das Wort an meine Kantonsratskollegin Isabel Schorer.

Kantonsrätin Isabel Schorer

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Staatsausgaben des Kantons wachsen nach wie vor schneller als es unsere Einnahmen erlauben. Dies belastet unsere Finanzreserven und gefährdet langfristig Leistungen in Bildung, Sicherheit, Gesundheit, Soziales und Kultur. Wir müssen jetzt handeln, um unsere Bevölkerung und Unternehmen zu stärken - und nicht stärker zu belasten. Dazu braucht es eine Sanierung des Staates.

Den Staat sanieren heisst nicht nur sparen und effizienter werden. Wir müssen auch dafür sorgen, dass sich Arbeit wieder lohnt und damit auch die Einnahmenseite gestärkt wird. Deshalb setzt die FDP auf eine Steuerstrategie, die arbeitende Menschen entlastet und arbeitsfeindliche Fehlanreize beseitigt. (z.B. im Tarif-, Transfer- und Steuersystem). Anfang 2024 hat die FDP dazu gezielt eine Motion (42.24.04: Vision SG 2030: Steuerbelastung senken, Ressourcenkraft stärken!) und ein Postulat (43.24.02: Arbeit muss sich lohnen – Fehlanreize jetzt korrigieren) eingereicht. Beide wurden vom Kantonsrat deutlich angenommen. Zurzeit ist ihre Umsetzung durch die Regierung noch in Bearbeitung, weshalb noch keine Wirkung sichtbar ist.

Und jetzt werfen wir den Blick auf die Ausgabenseite: Das Entlastungspaket der Regierung wird diesen Herbst vorliegen. Für uns ist klar, es muss konsequent umgesetzt werden, dabei ist ebenso klar – ein Entlastungspaket schmerzt immer alle. Es braucht also Ausgabendisziplin und Verantwortungsbewusstsein von allen. Wir müssen uns immer vor Augen halten, dass die Staatsausgaben - auch mit dem Entlastungspaket - weiterwachsen werden. Umso wichtiger ist es, dass zumindest dieses Paket konsequent über 3 Jahre umgesetzt wird.

Und schliesslich stellt sich die Frage: Wie können wir den Aufwand der Verwaltung senken, ohne Abbau des Service public? Um den Staat effizienter und gleichzeitig bürgernah zu gestalten, bieten sich heute immer einfachere digitale Werkzeuge an. Digitale Abläufe sind nicht an Bürozeiten gebunden, sparen Kosten, Aufwand und Nerven – sowohl für Bürgerinnen und Bürger, für Unternehmen als auch für die Verwaltung.

Die FDP reicht heute hierzu eine Motion ein, die (analog zu anderen Kantonen) darauf abzielt, sämtliche Verwaltungsprozesse durchgehend digital und ohne Medienbruch abzuwickeln. Wir denken dabei zum Beispiel an Baubewilligungsverfahren oder Rekursverfahren. Ziel ist es, Abläufe zu beschleunigen, Verwaltungsaufwand zu reduzieren und durch den gezielten Einsatz von Künstlicher Intelligenz wiederkehrende Aufgaben zu erleichtern und zu automatisieren.

Mit diesen Massnahmen und dem von meinem Vorredner erwähnten Auftrag zur Verbesserung des Regulierungscontrollings, versprechen wir uns eine massgebliche Sanierung des Staates.

Hiermit übergebe ich das Wort an Julian Stöckli, Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Kanton St.Gallen.

Julian Stöckli, Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Kanton St.Gallen

Sehr geehrte Medienschaffende

Unsere innovativen Schweizer Produkte und Dienstleistungen sichern Wohlstand und ermöglichen die weltweit besten Löhne über alle Berufsgruppen. „Innovationsweltmeister" ist jedoch nicht nur ein Titel, sondern das Erfolgsrezept der Schweiz und des Kantons St.Gallen, das es zu verteidigen gilt: Hierzu gilt es, unsere Fach- und Arbeitskräfte zu stärken, optimale Rahmenbedingungen für Forschung und Start-ups zu schaffen und wichtige Investitionen für die Zukunft zu tätigen.

Fortschritt braucht gut ausgebildete Fachkräfte. Lebenslanges Lernen ist dabei entscheidend. Um die Weiterbildungsbereitschaft zu fördern und die Standortattraktivität unseres Kantons zu erhöhen, reicht die FDP auf Anregung der Jungfreisinnigen Kanton St.Gallen dazu eine Motion ein, die die Aufhebung der Deckelung der Steuerabzüge für berufsorientierte Aus- und Weiterbildungskosten fordert. Damit können Berufstätige – unabhängig ihres Bildungswegs – ihre Fähigkeiten kontinuierlich ausbauen und flexibel auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts reagieren.

Innovation entsteht nicht allein durch Fachkräfte, sondern auch durch ein starkes Start-up-Ökosystem. Viele Jungunternehmen scheitern nicht an Ideen, sondern daran, dass sie in der Wachstumsphase nicht genügend unterstützt werden. Mit der Interpellation „Rahmenbedingungen zum Durchstarten – Vision Start-up-Valley St.Gallen" fordert die FDP eine Strategie, die diese Unternehmen gezielt stärkt: durch verstärkte Vernetzung von Wirtschaft und Hochschulen, die Einrichtung von Start-up-Factories und konkrete Projekte, die Gründerinnen und Gründer während der entscheidenden Wachstumsphase begleiten. So verhindern wir die Abwanderung talentierter Start-ups und sichern die Innovationskraft unseres Kantons.

Schliesslich braucht Innovation auch gezielte Zukunftsinvestitionen. Dazu gehören beispielsweise der Reinraum in Buchs, der Ausbau von WILWEST und das Interventionszentrum für Zoll und Polizei in St.Margrethen. Diese Projekte schaffen moderne Entwicklungsflächen und Infrastruktur, auf der Unternehmen ihre Innovationen umsetzen, wachsen und Arbeitsplätze sichern können.

Für die FDP und die Jungfreisinnigen ist klar: Fortschritt ist der Schlüssel zum Wohlstand von morgen. Darum sind wir bereit, dort zu investieren, wo es sich lohnt. Wir stärken Fach- und Arbeitskräfte, fördern Innovation und unterstützen Start-ups, damit Stillstand keine Chance hat. Die eingereichten Vorstösse – etwa zur Aufhebung der Deckelung von Weiterbildungsabzügen und zur Förderung des Start-up-Ökosystems – sind konkrete Schritte, um diese Ziele umzusetzen. So sichern wir Arbeitsplätze, fördern Wachstum und gestalten die Zukunft unseres Kantons aktiv mit.

Ich übergebe das Wort zurück an Parteipräsident Raphael Frei für die Fragerunde.

Ansprechpersonen

› Kantonsrat Raphael Frei, Parteipräsident, des. Fraktionspräsident, 079 288 82 33, r.frei@gmx.ch
› Kantonsrat Ruben Schuler, Vizefraktionspräsident, 079 536 75 71, mail@rubenschuler.ch
› Kantonsrätin Isabel Schorer, 079 297 88 86, isabel.schorer@pacecommunication.ch
› Julian Stöckli, Vorstand Jungfreisinnige Kanton St.Gallen, 076 303 06 33, julian.stoeckli@bluewin.ch

Anhang

› Motion «Chancen nutzen: Digitale Transformation des Verwaltungsverfahrens»
› Motion «Begrenzung des Abzugs für berufsorientierte Aus- und Weiterbildungskosten aufheben – Standortattraktivität und individuelle Weiterbildungsbereitschaft stärken»
› Interpellation «Rahmenbedingungen zum Durchstarten – Vision 'Start-up-Valley St.Gallen'»
› Interpellation «Mitte-AHV-Milliardenausbau droht St.Galler Bevölkerung und KMU zu belasten»
› Interpellation «Wirksam gegen US-Zollwillkür: Absatzmärkte für St.Galler Produkte sichern»
› Antrag zum Geschäft 32.25.05B «Kantonsratsbeschluss über das Prüfprogramm 2025 des Regulierungscontrollings»

Motion FDP-Fraktion:
«Chancen nutzen: Digitale Transformation des Verwaltungsverfahrens

Die digitale Transformation ist weit mehr als die blosse Digitalisierung bestehender Abläufe: Sie stellt einen grundlegenden Wandel von Strukturen, Prozessen und Organisationsformen dar, bei dem Verfahren konsequent auf eine digitale Ausführung ausgerichtet werden. Eine konsequent digitale Ausrichtung ermöglicht hierbei schnellere, effizientere und transparentere Abläufe, reduziert Verwaltungsaufwand, spart Kosten und verbessert den Service für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen. Zudem schafft der gezielte Einsatz von Technologien wie Künstlicher Intelligenz neue Möglichkeiten zur Automatisierung wiederkehrender Aufgaben und zur Unterstützung von Entscheidungsprozessen – unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze.

Zahlreiche Kantone – etwa Zürich, Bern oder Aargau – treiben die Digitalisierung bzw. digitale Transformation ihrer Verwaltungs- und Rechtsverfahren bereits voran. Im Kanton St.Gallen hingegen sind die rechtlichen Grundlagen für eine durchgängige digitale Geschäftsführung bisher unzureichend und vereinzelte Digitalisierungsprojekte wie beispielsweise die Einführung von E-Baubewilligungen kommen nur mit Verzögerungen voran. Die heutigen Regelungen sind auf analoge Verfahren ausgerichtet, bilden eine durchgängige digitale Verfahrensführung nicht ab und erlauben die digitale Abwicklung nur punktuell.

Die Regierung wird vor diesem Hintergrund eingeladen, das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRP) und allfällige Spezialerlasse dahingehend anzupassen, dass sämtliche Geschäfts- und Rechtsprozesse in der kantonalen Verwaltung sowie in den untergeordneten Staatsebenen konsequent auf eine digitale Abwicklung ausgerichtet und vollständig (‘End-to-End’) digital abgewickelt werden können. Dabei sind medienbruchfreie Abläufe sicherzustellen und der Einsatz von Systemen der Künstliche Intelligenz zur Unterstützung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen unter Wahrung der rechtsstaatlichen Grundsätze ausdrücklich zu ermöglichen.»

17.09.2025 FDP-Fraktion

Motion FDP-Fraktion:
«Begrenzung des Abzugs für berufsorientierte Aus- und Weiterbildungskosten aufheben – Standortattraktivität und individuelle Weiterbildungsbereitschaft stärken

Gemäss Art. 45 Abs. 1 Bst. j StG können im Kanton St.Gallen die Kosten für berufsorientierte Aus- und Weiterbildung, einschliesslich Umschulungskosten, bis zu einem Maximalbetrag von 13’000 Franken pro steuerpflichtige Person jährlich von den Einkünften abgezogen werden.

In einer Zeit, in der lebenslanges Lernen und berufliche Flexibilität zunehmend an Bedeutung gewinnen, stellt diese Begrenzung eine Hürde für die individuelle Weiterentwicklung und die Anpassungsfähigkeit an den sich wandelnden Arbeitsmarkt dar. Die wandelnden Umstände am Arbeitsmarkt erfordern permanent neue Kenntnisse, welche einer beruflichen Weiterbildung bedürfen.

Im interkantonalen Vergleich zeigt sich, dass mehrere Kantone, wie Thurgau, Aargau und Basel-Stadt, eine höhere oder keine solche Begrenzung kennen und die effektiven Kosten für berufsorientierte Aus- und Weiterbildung vollständig zum Abzug zulassen. Diese Unterschiede können zu Standortnachteilen für den Kanton St.Gallen führen, insbesondere bei der Ansiedlung von Fachkräften und der Förderung der Weiterbildungsbereitschaft.

Zudem ist zu beachten, dass die Kosten für berufliche Aus- und Weiterbildungen, insbesondere im tertiären Bildungsbereich, häufig die derzeitige Abzugsgrenze überschreiten. Dies betrifft insbesondere Studiengänge an Fachhochschulen, Universitäten, höheren Fachschulen oder spezialisierte Weiterbildungsprogramme, die für die berufliche Qualifikation und den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt essenziell sind.

Die aktuelle Begrenzung hält somit Personen davon ab, notwendige Weiterbildungen zu absolvieren, was langfristig negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unseres Kantons hat.

Die Regierung wird eingeladen, eine Vorlage auszuarbeiten, die die Aufhebung der Begrenzung des Abzugs für berufsorientierte Aus- und Weiterbildungskosten nach Art. 45 Abs. 1 Bst. j StG vorsieht. Ziel ist es, die steuerliche Attraktivität des Kantons zu erhöhen, die individuelle Weiterbildungsbereitschaft zu fördern und die Standortattraktivität im interkantonalen Vergleich zu stärken.»

17.09.2025 FDP-Fraktion

Interpellation FDP-Fraktion:
«Rahmenbedingungen zum Durchstarten – Vision ‘Start-up-Valley St.Gallen’

Der Kanton St.Gallen steht vor der Herausforderung, seine Position als Innovationsstandort zu stärken und die Abwanderung vielversprechender Start-ups zu verhindern. Trotz einer positiven Entwicklung der Gründungsszene, mit Rekordzahlen bei Neueintragungen im Handelsregister, zeigt sich, dass insbesondere in der Wachstumsphase finanzielle Unterstützung und ein starkes Netzwerk fehlen. Dies führt dazu, dass viele Jungunternehmen in andere Regionen abwandern, die bessere Förderbedingungen bieten.

Die bestehende Start-up-Strategie des Kantons, die 2023 verabschiedet wurde, legt den Fokus auf die Förderung von Start-ups in der Frühphase. Massnahmen wie die Unterstützung von Anlaufstellen in Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie die Etablierung zentraler Anlaufstellen für Gründungsprozesse wurden bereits umgesetzt. Dennoch erfordert die weitere Entwicklung des Start-up-Ökosystems eine gezielte Strategie für die Wachstumsphase, die insbesondere die Vernetzung von Technik und Wirtschaft, die Förderung von Start-up-Factories sowie die Stärkung der Kooperationen mit Hochschulen umfasst.

Vorbildlich in diesem Bereich ist die Technische Universität München (TUM), die mit ihrer Initiative ‘UnternehmerTUM’ und dem ‘TUM Venture Lab’ ein erfolgreiches Modell für die Förderung von technologieorientierten Start-ups etabliert hat. Jährlich werden dort über 100 neue Start-ups gegründet, unterstützt durch ein starkes Netzwerk aus Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Investoren. Diese ‘Start-up-Factories’ bieten ein integriertes Umfeld, das von der Ideenentwicklung über Prototypenbau bis hin zur Finanzierung reicht.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons St.Gallen zu erhöhen und die Abwanderung von Start-ups zu verhindern, ist es daher notwendig, die bestehende Start-up-Strategie weiterzuentwickeln. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Regierung, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung, die Technik und Wirtschaft mit konkreten Projekten im Rahmen der Weiterentwicklung der Start-up-Strategie verstärkt zusammenzuführen? Inwiefern können hierbei Kooperationen zwischen der Universität St.Gallen (HSG), OST und allfälligen weiteren Partnern weiterentwickelt werden?
2. Welche Chancen und Umsetzungsmöglichkeiten sieht die Regierung für Start-up-Factories im Kanton St.Gallen?
3. Welche Ansätze können von internationalen ‘Best-Practices’ wie beispielsweise der TUM für den Standort St.Gallen übernommen werden? Welche Schritte sind hierfür nötig?»

17.09.2025 FDP-Fraktion

Interpellation FDP-Fraktion:
«Mitte-AHV-Milliardenausbau droht St.Galler Bevölkerung und KMU zu belasten

Die FDP-Kantonsratsfraktion verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) mit grosser Sorge. Die im März 2024 eingereichte Volksinitiative der Mitte zielt darauf ab, den Ehepaarplafond in der AHV aufzuheben. Diese Reform würde zusätzliche Mittel von rund 4 Milliarden Franken pro Jahr erfordern, finanziert über höhere Lohnabzüge und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Gleichzeitig steht die Umsetzung der 13. AHV-Rente an, welche das System zusätzlich mit rund 5 Milliarden Franken pro Jahr belastet. Zusammen mit dem bestehenden strukturellen Defizit der AHV entsteht so eine jährliche Mehrbelastung von bis zu 13 Milliarden Franken.

Zur Finanzierung des Milliardenlochs will die Mitte trotz wirtschaftlicher Unsicherheit, brutalen US-Zöllen und tausenden bedrohten Arbeitsplätzen höhere Steuern und Lohnabgaben durchdrücken. Mit der im Nationalrat beschlossenen Erhöhung der Mehrwertsteuer würden Haushalte beispielsweise durchschnittlich um 700 Franken pro Jahr zusätzlich belastet.

Einmal mehr werden die steigenden Ausgaben in der AHV auf den Mittelstand und die KMU abgewälzt. Für den Kanton St.Gallen ist dies besonders problematisch – sowohl aufgrund der schwierigen Lage für Unternehmen und Arbeitsplätze durch die US-Zölle als auch wegen der angespannten Bundesfinanzen und des damit verbundenen Risikopotenzials für Sparmassnahmen zulasten der Kantone. Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Fraktion die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung die Auswirkungen des Mitte-AHV-Ausbaus von 3.6 Mrd. Franken pro Jahr finanziert durch die Arbeitnehmenden und Firmen über höhere Lohnbeiträge und Mehrwertsteuern im Kontext der angespannten St.Galler Wirtschaftslage ein?
2. Welche Risiken bedeuten Finanzierungslücken in der AHV für die Kantone mit Blick auf die finanzielle Schieflage des Bundes und drohender Sparmassnahmen zulasten der Kantone?
3. Ist die Regierung bereit, sich auf Bundesebene und in den Direktorenkonferenzen gegen diese Zusatzbelastungen ohne strukturelle Massnahmen auszusprechen?»

17.09.2025 FDP-Fraktion

Interpellation FDP-Fraktion:
«Wirksam gegen US-Zollwillkür: Neue Absatzmärkte für St.Galler Produkte

Der US-Zollhammer trifft unsere Unternehmen und Arbeitsplätze mit voller Wucht. Betroffene Unternehmen sehen sich mit deutlich höheren Kosten für ihre Produkte auf dem US-Markt konfrontiert, was sie gegenüber Wettbewerbern aus Ländern mit niedrigeren Zollsätzen, etwa der EU oder dem Fürstentum Liechtenstein, sowie gegenüber Unternehmen mit Produktionsstandorten in den USA klar benachteiligt. Auch indirekte Exporte geraten unter Druck, da viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Komponenten, Maschinen oder Spezialteile an grössere Schweizer oder europäische Exporteure liefern, deren Endprodukte in die USA verkauft werden. Besonders stark betroffen sind hochspezialisierte KMU, nicht nur börsenkotierte Grossunternehmen.

Angesichts dieser Lage ist es für die Schweiz, den Kanton St.Gallen und die jeweiligen Unternehmen entscheidend, die Abhängigkeit von einzelnen Märkten zu reduzieren, bestehende Absatzmärkte zu sichern und neue Märkte zu erschliessen. Dabei spielen der EU-Binnenmarkt – Stichwort Bilaterale III – und bilaterale Abkommen mit Drittstaaten eine zentrale Rolle. Stabile und verlässliche Handelsbeziehungen sind für die Rechtssicherheit der Unternehmen, die Wettbewerbsfähigkeit der KMU und den Schutz von Arbeitsplätzen von zentraler Bedeutung. Vor diesem Hintergrund bittet die FDP-Fraktion die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Unter welchen Voraussetzungen können die europäischen Märkte von St.Galler Unternehmen besser bearbeitet, erschlossen und ausgebaut werden?
2. Mit welchen Ländern und Märkten erachtet die Regierung neue oder vertiefte Freihandels- bzw. bilaterale Abkommen als besonders relevant, um St.Galler Unternehmen bei der Diversifizierung und dem Ausbau ihrer Absatzmärkte zu unterstützen?
3. Wie beurteilt die Regierung den Stellenwert der bilateralen Beziehungen mit der EU im Vergleich zu Freihandelsabkommen für die Exportchancen der St.Galler Unternehmen?
4. Welche Erfahrungen hat das Fürstentum Liechtenstein in der Vergangenheit mit der dynamischen Rechtsübernahme gemacht?
5. Wie schätzt die Regierung den Streitbeilegungsmechanismus der Bilateralen III im Kontext der aktuellen machtpolitischen Spiele anderer Länder ein?
6. Ist die Regierung bereit, sich auf Bundesebene im Sinne der Rechtssicherheit und im Interesse der St.Galler Exportwirtschaft und Arbeitsplätze für eine Beschleunigung des Prozesses zur Weiterentwicklung der bilateralen Verträge mit der EU einzusetzen?»

15.09.2025 FDP-Fraktion

Kantonsratsbeschluss über das Prüfprogramm 2025 des Regulierungscontrollings

Antrag vom 15.09.2025

SVP-Fraktion / Die Mitte-EVP-Fraktion / FDP-Fraktion (Sprecherin: Schorer-St.Gallen)

Auftrag: Die Regierung wird eingeladen:

Ziff. 1

1. ab dem nächsten Regulierungscontrolling die Mitwirkung von Dritten (Unternehmen, Verbände, politische Parteien, Bevölkerung) systematisch im Vorfeld der Festlegung des Prüfprogramms sicherzustellen, um praxisnahe und wirksame Prüfprogramme zu gewährleisten;

Begründung:
Um das Vorliegen von Vollzugsproblemen als drittes Selektionskriterium aus dem Kriterienkatalog zur Auswahl der Prüfthemen noch wirksamer gestalten zu können, könnte mit einem einfachen Mitwirkungsverfahren im Vorfeld der Festlegung des Prüfprogramms die Praxisrelevanz der Prüfthemen des der Öffentlichkeit wenig bekannten Regulierungscontrollings erhöht werden.

Ziff. 2

2. im Rahmen des nächsten Regulierungscontrollings aufzuzeigen, wie der Erfolg des Regulierungscontrollings bei der Senkung der Regulierungskosten gemessen werden kann, und darauf aufbauend ein Absenkpfad für die Regulierungskosten definiert und umgesetzt werden könnte.

Begründung:
Die Messbarkeit des Erfolgs ist entscheidend, um die Zielsetzung des Regulierungscontrollings – den Abbau von Bürokratie- und Regulierungskosten – zu gewährleisten. Das wirksamste Instrument zur dauerhaften Einschränkung der Regulierungsdichte sind verbindliche Reduktionsziele und Regulierungsbremsen, wie sie in vielen europäischen Ländern bereits erfolgreich eingesetzt werden.